

NEUEINTEILUNG DER BISTÜMER

heutige Bistumslandschaft



neue Bistumslandschaft



| Bistum | Katholiken heute | Katholiken neu | Veränderung |
|------------------------|------------------|----------------|-------------|
| Basel | 873 478 | 528 105 | -40% |
| Chur | 555 862 | 187 242 | -66% |
| Lausanne-Genf-Freiburg | 541 734 | 370 634 | -32% |
| Lugano | 199 956 | 199 956 | 0% |
| St.Gallen | 215 711 | 286 804 | +33% |
| Sitten | 200 291 | 200 291 | 0% |
| Genf | | 171 100 | |
| Luzern | | 305 978 | |
| Zürich | | 336 922 | |

FRAGE DER WOCHE

SOLL ZÜRICH EIN EIGENES BISTUM ERHALTEN?

Stimmen Sie ab

www.schweizamsonntag.ch oder
E-Mail: leserbriefe@schweizamsonntag.ch

QUELLEN: EIN BISCHOF IN ZÜRICH?/BFS (ZAHLEN 2012)

Neueinteilung der katholischen Schweiz

Die Bischofskonferenz denkt über neue Bistümer nach. Treibende Kräfte sind Zürich und Genf

VON FABIENNE RIKLIN

Geinge es nach den Zürcher Katholiken, dann bekämen sie bald ein eigenes Bistum. Und auch Genf liebäugelt mit einer Diözese. Der Unabhängigkeitswunsch aus den beiden grössten Städten befeuert die Diskussion um eine komplett neue Einteilung der Bistümer in der Schweiz. Bereits 1986 hat eine Kommission im Auftrag der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) Varianten für eine neue Gliederung ausgearbeitet (siehe Grafiken). Jetzt machen sich die Bischöfe erneut Gedanken dazu. Das bestätigt SBK-Sprecher Walter Müller.

Die grosse Frage, die sich die Bischöfe derzeit stellen: «Sollen wir ein gesamtschweizerisches Projekt anpacken und ganz neue Bistumsgrenzen ziehen? Oder pragmatisch vorgehen und erst einmal ein Bistum Zürich und Genf anheben?», sagt Müller. Bei einem Grossprojekt würden aus sechs Diözesen neun. Es gäbe neu je ein Bistum Zürich, Genf und Luzern. Ebenfalls würden einige Kantonal-

kirchen neuen Bistümern zugeteilt. Beispielsweise Thurgau, Schaffhausen oder Zug. «Vermutlich wären Einzelschritte einfacher umzusetzen», sagt Müller. Doch noch sei nichts entschieden.

So oder so: Die Zürcher freut es, dass es vorwärtsgeht. «Ein Bischof hier vor Ort würde besser spüren, welche Bedürfnisse die Zürcher Katholiken haben», sagt Benno Schnüriger. Er ist Präsident des Synodalarats, der Exekutivbehörde der Zürcher Landeskirche. Anders als zu Beginn des 19. Jahrhunderts leben heute viele katholische Gläubige im urbanen und evangelisch geprägten Raum Zürich. Ihre Lebenssituationen und ihre Frömmigkeit ist aber eine andere als auf dem Land. Schnüriger ist deshalb überzeugt, dass ihre Stimme in der Bischofskonferenz gehört werden sollte.

DER GRABEN zwischen den Zürcher Katholiken und ihrem erzkonservativen Bischof Vitus Huonder in Chur hat sich in den vergangenen Jahren vertieft. Trotzdem betont Schnüriger: «Unsere Forderung hat weniger mit dem Bischof zu-

tun als mit der Tatsache, dass wir Chur nur provisorisch angehören.» Seit 1821 das Bistum Konstanz aufgelöst wurde, verwaltet Chur Zürich. «Es wäre ein Geschenk, wenn wir 200 Jahre später ein eigenes Bistum bekämen», so Schnüriger.

Bei dem Wunsch ein Wörtchen mitzureden hat Oberhirte Huonder. Offiziell hat er sich noch nie zu einem Bistum Zürich geäussert. Doch Huonder hat ein Dossier mit Pro- und Kontra-Argumenten verfasst und es an den Heiligen Stuhl weitergeleitet.

Die Antwort steht noch aus. Hoffnung schürt der Churer Generalvikar Martin Griching. Kürzlich sagte er: «Aus pastoralen Gründen macht es Sinn, dass sich ein Bischof vor Ort gerade um die jungen, lebendigen Migrantengemeinden kümmert.» Es brauche gegebenenfalls einen Bischof, der aus diesen Reihen stamme.

Die Wahl des Bischofs dürfte sich allerdings als Knackpunkt erweisen. In der Regel werden Bischöfe vom Papst ernannt, doch die Zürcher wollen ein altes Recht wieder beleben und selber einen

Dreivorschlag nach Rom schicken, aus dem Papst Franziskus einen Bischof ernennen kann. «Somit wäre gewährleistet, dass dieser eine breite Abstützung in seinem Bistum hat», sagt Schnüriger.

IN GENF GEHT DIE INITIATIVE für eine neue Aufteilung von Bischof Charles Morerod aus. Er ist für 700 000 Gläubige verantwortlich. Zu viele, findet er. Deshalb fasst er ein Bistum Genf ins Auge. Nach Ostern will Morerod alle Priester, Diakone und Pastoralassistenten befragen, was sie von einer Aufteilung der Diözese halten und ob Genf mit 171 100 Gläubigen ein eigenes Bistum erhalten soll.

«Im Moment ist alles offen. Die Umfrage wird entscheidend sein», sagt Alain de Raemy, Weihbischof von Lausanne, Genf und Freiburg. Und fügt an: «Dass Genf als wichtigste internationale Stadt der Schweiz auch ein eigenes Bistum hat, macht Sinn.» So könne der verantwortliche Bischof auf die Sorgen und Nöte der städtischen Gläubigen eingehen.

Mit der Neueinteilung der Bistümer intensiv auseinandergesetzt hat sich Phi-

lippe Gardaz. Der Oberrichter und Lehrbeauftragte der Universität Freiburg sagt: «Der Sitz der Bischöfe ist meist in ländlichen und grenznahen Regionen.» Ein Hirte solle aber umringt sein von seinen Schäfchen. «Das ist auch eine Forderung des Zweiten Vatikanischen Konzils, das einheitliche und zusammenhängende Diözesen anstrebt.»

Dass die Zürcher bis 2021 einen eigenen Bischof haben werden, erachtet er als «möglich». Vor allem, weil die jetzige Lösung eine provisorische ist. Sein Bedenken: Können die Zürcher bei der Bischofswahl nicht mitreden, komme es erneut zu unnötigen Richtungskämpfen zwischen der Basis und den Oberen.

Grössere Skepsis hat Gardaz bezüglich Genf. «Das Einzugsgebiet der Gläubigen endet nicht an der Genfer Kantonsgrenze.» Es werde schwieriger, hier eine geeignete Einteilung vorzunehmen. Ebenfalls hätte Genf, wo Kirche und Staat getrennt seien, weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Offen ist auch, wie die anderen Kantonalkirchen auf eine neue Einteilung reagieren würden.

Internationalität: Rang 1, 2 und 3

Laut einem neuen Ranking sind die Schweizer Hochschulen die bestvernetzten der Welt

VON YANNICK NOCK UND ALAN CASSIDY

Das britische Hochschulmagazin «Times Higher Education» veröffentlichte kürzlich fast unbemerkt ein erstaunliches Ranking. Es misst die internationale Ausrichtung von über 400 Universitäten. Unangefochten an der Spitze stehen gleich drei Schweizer Hochschulen. Die stärkste internationale Anziehungskraft hat demnach die ETH Lausanne, dann folgen die Uni Genf und die ETH Zürich. Bereits auf Platz 12 und 28 sind die Universitäten Basel und Zürich zu finden. Die Liste basiert auf dem Anteil der ausländischen Professoren und Studenten sowie der Intensität der Forschungszusammenarbeit mit dem Ausland.

Das Ergebnis erstaunt in Hinblick auf die Zuwanderungsinitiative. Seit Annahme des SVP-Anliegens warnen die Hochschulen vor einem herben Verlust der internationalen Bedeutung. Nun zeigt das Ranking, dass die Hochschulen Rückschläge wie das Ende des Studentenaustauschprogramms Erasmus offensichtlich kompensieren können. Doch noch immer sind die Universitätsrektor-

ren skeptisch. Sie befürchten die Isolation, sollten weitere Verträge mit der EU aufgelöst werden. Gleich auf mehreren Ebenen laufen deshalb neue Bestrebungen. Im Zentrum stehen Kooperationen mit anderen Universitäten. «Bilaterale Verträge mit ausländischen Hochschulen werden künftig noch wichtiger», sagt Antonio Loprieno vom Vorstand der Swissuniversities.

EINEN ÄHNLICHEN WEG hat die Universität Basel bereits eingeschlagen. Gemeinsam mit drei deutschen und einer französischen Uni am Oberrhein will sich die Hochschule zu einem «European Campus» zusammenschliessen. Das Projekt verfolgen die Basler schon länger, es erhält aber angesichts drohender Kontingente für Lehrpersonal und Studierende neue Dringlichkeit: Die Allianz mit den Hochschulen aus dem EU-Raum soll es Basel erlauben, auch künftig Professoren einzustellen, ohne auf Arbeits- und Niederlassungsbewilligungen angewiesen zu sein. Funktionieren soll das über eine noch zu bildende juristische Körperschaft. Politisch ist dieser Weg bri-



Weltweit die Nr. 1: ETH Lausanne KEY

sant: Er könnte es der Universität erlauben, Beschränkungen zu umgehen.

In Basel stösst die Idee gerade deshalb auf Zustimmung. «Als internationaler Wirtschafts- und Bildungsstandort müssen wir uns auf alle Eventualitäten vorbereiten, die uns mit einer harten Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiativen drohen», sagt die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz. Ähnlich sieht Rektor Loprieno die Situation. Der Campus könnte allfällige juristische Probleme der SVP-Initiative lösen, ist er über-

zeugt. Weitere Projekte sollen folgen. So haben Bund und Rektoren erst vor wenigen Monaten einen Forschungsvertrag mit Australien abgeschlossen. Geplant ist eine Zusammenarbeit mit den besten acht Hochschulen von Down Under. Hinzu kommen Länder wie Südafrika oder Singapur, die mit einzelnen Universitäten kooperieren.

DIE HOCHSCHULEN profitieren im Ranking vor allem davon, dass die Schweiz ein kleines Land ist und es die kulturellen Erwartungen an Professoren und Studenten klein hält. Vorgaben wie in Schweden, wo ausländische Dozierende nach einigen Jahren angehalten sind, auf Schwedisch zu unterrichten, gibt es hierzulande nicht. Englisch genügt.

Trotzdem scheint die ETH Lausanne – die weltweit internationalste Hochschule – an ihre Grenze gestossen zu sein. «Ein Numerus clausus für ausländische Studierende ist unumgänglich», sagte kürzlich Patrick Aebischer, scheidender Rektor der ETH Lausanne. Mehr als 10 000 Studenten könne die Hochschule nicht verkraften.

Piratenpartei will noch nicht die Segel streichen

WAR DA NICHT MAL WAS? Es ist noch gar nicht so lange her, da sorgte die Piratenpartei auch in der Schweiz für Furore. Inzwischen ist es ruhig geworden um die Piraten, die sich dem Kampf für ein offenes Internet verschrieben haben. Doch zumindest die Partei selbst hat sich noch nicht abgeschieden: Sie erneuert im Wahljahr ihr Präsidium – einmal mehr.

Zurückgetreten ist an der gestrigen Delegiertenversammlung der amtierende Präsident, der Genfer Alexis Roussel. Auf Twitter nannte er dafür «persönliche Gründe». Ans Ruder setzen sich neu zwei Co-Präsidenten: der Waadtländer Guillaume Saouli und der Zuger Stefan Thöni, der für den Ständerat kandidiert. Die neuen Kapitäne wollen mit der Partei von der Debatte um den Überwachungsstaat profitieren. Sie bereitet bereits ein mögliches Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz vor.

Erst vor zwei Jahren übernahm Roussel überraschend die Führung der Piraten. Sein Vorgänger, Thomas Bruderer, warf 2013 nach Querelen am Parteikongress das Handtuch. Zuletzt traten immer mehr Mitglieder aus. (RED)